

Bundespolitiker reden über Perspektiven, weil Druck steigt

Politik Dr. Marcel Klinge und seine Liberalen pochen auf ihren Plan zum Ausstieg aus dem Lockdown, und Thorsten Frei diagnostiziert Pandemie-Müdigkeit. *Von Ralf Trautwein*

Gestern rangen Bund und Länder um den Ausstieg aus dem Corona-Lockdown. Die Kanzlerin traut den sinkenden Fallzahlen nicht, sie hat Angst vor Mutationen.

Im Vorfeld haben sich die beiden Bundestagsabgeordneten von hier auch ihre Gedanken über die Rückkehr in ein normales Leben gemacht. Thorsten Frei (CDU) hat auf „pandemiemüde“ Bürger verwiesen, und Dr. Marcel Klinge aus Villingen-Schwenningen will mit seiner FDP schnellstens den Lockdown-Ausstieg. Schon seitdem die Corona-Pandemie andauert, setzt er sich als tourismuspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion vehement für die hart gebeutelte Fremdenverkehrsbranche ein.

Nun wollen er und seine Liberalen den Lockdown in sieben Schritten beenden; einen entsprechenden Plan haben sie jetzt präsentiert. Klinge und Co. setzen auf eine Regionalisierung der Corona-Politik, offenbar gestärkt durch das Urteil des BGH, der Anfang der Woche die nächtliche Ausgangssperre in Baden-Württemberg gekippt hat. Es dürfe nicht sein, dass ein „gesamtes Land in Geiselhaft des Lockdowns“ genommen werde, wenn es Alternativen dazu gebe, sagte Michael Theurer, der stellvertretende Chef der FDP-Bundestagsfraktion vor dem neuerlichen Corona-Gipfel von Bund und Ländern gestern.

Inzidenzwert als Maßstab

Was will die FDP? – Bei einem Inzidenzwert über 200 sollen Geschäfte und Restaurants geschlossen bleiben, Schulen und Kitas nur Notbetreuung anbieten und lediglich „private Zusammenkünfte eines Haushalts und einer weiteren Person“ erlaubt sein. Sinken die Infektionszahlen in einem Landkreis, sollen die Maßnahmen dort gelockert werden. Bleibt der Inzidenzwert etwa sieben Tage lang stabil unter 35, sollen die Schulen zum Regelbetrieb zurückkehren, Kneipen und Schwimmbäder unter Auflagen öffnen und größere private Treffen erlaubt sein.

„Mit eindeutigen 'Wenn-Dann'-Regeln geben wir einen klaren Fahrplan, wie es vorangehen kann“, so Marcel Klinge.

Doch die FDP ist in der Opposition; entsprechende Entscheidungen liegen nicht in ihrer Hand.

In den Wirtschaftszweigen, die unter den Coronabeschränkungen enorm leiden, kommt der Vorstoß gut an. Unter anderem im Fremdenverkehrswesen. Marcel Klinge macht deutlich, dass der Branche, für die er in seiner Fraktion zuständig ist, das Wasser aktuell bis zum Hals steht: „Von März bis Dezember 2020 sind im Deutschlandtourismus 68,7 Milliarden Euro Umsätze ausgefallen.“ Das sind statistisch gesehen pro Woche 1,6 Milliarden Euro Verluste.

„Mit eindeutigen 'Wenn-Dann'-Regeln geben wir einen klaren Fahrplan.“

Dr. Marcel Klinge
FDP-Bundestagsabgeordneter

Dieser gigantische Einbruch unterstreiche, dass jetzt endlich ein Perspektivplan der Regierung kommen muss – nicht nur, um das Überleben der Betriebe zu sichern, sondern auch, um gut qualifizierte Mitarbeiter in der Hotellerie und Gastronomie zu halten. Nach der abgesagten Wintersaison müsse ein Neu-

So geht es nun weiter

Gestern Nachmittag rangen Bund und Länder beim Corona-Gipfel darum, wie es nun weiter gehen soll in Deutschland. Die Opposition ärgerte sich einmal mehr darüber, dass an dieser Entscheidung der Bundestag nicht beteiligt wurde.

Kanzlerin Merkel hat gestern gleich klar gemacht, dass sie einen Lockdown bis Sonntag, 14. März, will. Auf dieses Datum konnten sich Bund und Länder gestern nicht einigen, stattdessen wird der **Lockdown zunächst bis zum 7. März verlängert**.

Ein Sonderweg wird mit Blick auf Kitas und Schulen gegangen. Hier soll es kei-

ne bundeseinheitliche Regelung geben, stattdessen sollen die Länder einzeln entscheiden. In Baden-Württemberg wolle man zunächst noch die Faschnachtsferien abwarten, bevor man am **22. Februar mit der Öffnung von Grundschulen und Kitas** beginnen will, wie Ministerpräsident Winfried Kretschmann gestern Abend betonte.

Einen Sonderstatus bei den ersten Lockerungen sollen zudem **Friseure** einnehmen. Diese sollen ungeachtet der Lockdown-Verlängerung bei strikter Einhaltung von Hygiene-Auflagen **ab dem 1. März** ihre Arbeit wieder

start im Tourismus zu Ostern möglich werden, meint Klinge – diese Forderung hat er in der Vergangenheit bereits mehrfach erhoben. Regierungspolitiker freilich sehen das ganz anders als der Liberale von hier. „Ich würde jedem empfehlen, einige Wochen die Situation zu beobachten, um keine Entscheidung zu treffen, die man nachher wieder revidieren muss“, warnte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erst noch am Montag. Schon bis zum Sommer könne „ein Großteil der Bevölkerung geimpft“ werden, so Altmaier. Auch die höheren Temperaturen könnten bei der Bekämpfung der Pandemie helfen. Jedoch gab der Minister zu bedenken, dass es angesichts von Mutationen des Coronavirus „auch ganz anders kommen könnte“.

Das Vertrauen schwindet

Worte wie diese Altmaiers werden aber zunehmend hinterfragt, denn die CDU-geführte GroKo verliert an Vertrauen: Nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur erwartet nur etwa noch jeder Vierte, dass das von Merkel ausgegebene Impfziel eingehalten wird. Sogar 47 Prozent der Wähler von CDU und CSU glauben nicht an das Impf-

versprechen Merkels. Die Stimmung im Land ist am Kippen, wie auch eine repräsentative Umfrage für den ARD-Deutschlandtrend erahnen lässt. Laut der Befragung kritisieren 56 Prozent der Deutschen das Handeln der Bundesregierung und der Länder – die Unzufriedenheit mit der Politik von Bund und Ländern in der Corona-Krise ist so groß wie nie in den vergangenen elf Monaten.

„Wir sehen verständlicherweise eine gewisse Pandemie-Müdigkeit in der Bevölkerung.“

Thorsten Frei
CDU-Bundestagsabgeordneter

Das ist auch Thorsten Frei nicht entgangen, dem hiesigen CDU-Wahlkreisabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag.

„Auch wenn gerade angesichts der neuen Mutationen weiter Vorsicht, Disziplin und Kontaktbeschränkungen notwendig sind, sehen wir nach Monaten der Entbehrung verständlicherweise eine gewisse Pandemie-Müdigkeit in der Bevölkerung“, gibt Frei zu und meint: „Deshalb brauchen wir auch die Diskussion über klare Perspektiven für Familien, Schüler, Arbeitnehmer und Unternehmen, unter welchen Vorzeichen Lockerungen möglich sind.“



Thorsten Frei sieht ein, dass die Leute endlich wieder klare Perspektiven haben wollen.